



Wählen Sie! Aktiv oder radioaktiv?

Mit der Bundestagswahl am 27. September steht für die Energiepolitik in Deutschland einiges auf dem Spiel. Bleibt es beim Ausstieg aus der Atomenergie und werden wenigstens die älteren Schrottreaktoren schneller vom Netz genommen oder wird eine neue Regierung die Laufzeiten der Atomreaktoren verlängern? Und wie geht es weiter mit der weltweit ungelösten Lagerung der radioaktiven Abfälle? Wird eine neue Bundesregierung trotz der Nicht-Eignung Gorleben zum Standort für ein Dauer-Lager erklären – oder gibt es endlich eine alternative Standortsuche, in der Sicherheit Vorrang hat? Oder kommt es dazu, dass wenigstens die älteren AKW schneller abgeschaltet werden?

Foto: argus/janke



inhalt

- II Wählen Sie! Aktiv oder radioaktiv?
- IV Sieben auf einen Streich - Von Restlaufzeiten, Strommengen und maroden Atommeilern
- VI Atomenergie ist nicht sicher!
- IX Die sind doch nicht ganz dicht! Atommülllagerung scheitert weltweit
- XII Wünsch dir was! Zur internationalen Atomrenaissance
- XIV Alles unter Kontrolle. Die Macht der großen Vier
- XVI Die Lichter gehn' nicht aus
- XVII Alles Erneuerbar

Die Stromkonzerne und ihre Lobby-Vereinigungen lassen derzeit nichts unversucht, um den erst 2002 vereinbarten Atomausstieg zu beenden (siehe Beitrag Seite IV). Seit Monaten intensivieren sie Schritt für Schritt ihre Propaganda: „Soll denn wirklich Schluss mit uns sein?“, fragt das Deutsche Atomforum auf knallroten Edgar-Postkarten, die in Kneipen, Restaurants und Clubs zu finden sind. Mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen präsentieren sie ihre Atomkraftwerke als Klimarettter - eingebettet zwischen Schafen und Flusslandschaften. Sogar eine weltweite Renaissance der Atomenergie wird von ihnen ausgemacht, bei der Deutschland in keinem Fall fehlen dürfe.

Und reicht auch das noch nicht, dann müssen Stromversorgungslücken herhalten, damit die Einsicht in eine Verlängerung der Laufzeiten für die AKW wächst. Eine der mächtigsten und finanziell potentesten Wirtschaftsbranchen hat zum politischen Angriff geblasen. Über 60 Milliarden Euro würde es E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW bringen, wenn sie eine Verlängerung der Laufzeiten der

Atomkraftwerke von jetzt etwa 32 Jahre auf 40 Jahre durchsetzen könnten. Dafür legt man sich schon mal ins Zeug. Die Atombranche hat in den letzten Jahren dazugelernt und schlägt neue Töne an. Walther Hohlefelder, Chef des Deutschen Atomforums, fordert seit geraumer Zeit eine gesellschaftliche „Neubewertung“ der Atomenergie. „Dialog“ heißt das neue Zauberwort, mit dem die Atomwirtschaft auf neue Mehrheiten hofft.

Spätestens der Sommer 2007 hat der Branche klar gemacht, dass es eines Kurswechsels bedarf. Nach dem Transformatorbrand in Krümmel und den Störfällen in Brunsbüttel hatte Vattenfall in typischer Manier reagiert: Kühl und abgezockt, überheblich und arrogant. Über das tatsächliche Ausmaß der Schäden belog Vattenfall die Öffentlichkeit, die Presse und sogar die Aufsichtsbehörde. Die Folge: Ein gigantischer Vertrauensverlust und Imageschaden nicht nur für Vattenfall, sondern für die gesamte Atombranche.

Unter dem öffentlichen Druck hagelte es Rücktritte bis in den Vorstand hinein, und

Spitzenmanager wurden ihrer Aufgaben enthoben. E.ON und andere Stromkonzerne sahen sich gezwungen, Vattenfalls Verhalten und Krisenmanagement öffentlich zu kritisieren. Ein absoluter Tabubruch in der Branche, der zeigt, wie gravierend die Atomwirtschaft diesen Vertrauensverlust einschätzte.

Gegenoffensive mit Dialog und Soft-Skills

Spätestens diese Ereignisse haben auch dem letzten Hardliner in den oberen Firmenetagen klar gemacht, dass die Atombranche eine neue Kommunikationsstrategie braucht. Man muss raus aus einer Wahrnehmung, in der Atomkonzerne als „Staat im Staate“ gelten, die für ihre wirtschaftlichen Profite lügen, dass sich die Balken biegen.

Die Branche setzt jetzt voll und ganz auf Dialog, stellt sich scheinbar den Ängsten und Fragen der Bevölkerung, hat entsprechende Hotlines eingerichtet, gründet Beiräte, will reden und diskutieren. Sie richtet ihre Kommunikation auf neue Zielgruppen aus. Mit Projekten zum Thema Klimaschutz und Energiesparen gehen die Stromkonzerne mit staatlicher Billigung neuerdings in die Schulen und Universitäten. Dabei geht es nicht einfach um billige Propaganda für ihre unmittelbar wirtschaftlichen Ziele. Es geht um die Akzeptanz, als Dialogpartner anerkannt zu werden, der sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellt, den „kritischen“ Fragen nicht ausweicht. Um dieses Vertrauen zu gewinnen, wird viel Geld in zahlreiche Projekte im sozialen und kulturellen Umfeld gesteckt.

Die Stromkonzerne haben begriffen, dass im Zeitalter von Globalisierung und Liberalisierung neue Spielregeln gelten. Bis zur Liberalisierung der Strommärkte konnten sich die Konzerne jene Arroganz und Selbstgefälligkeit leisten. Es gab kaum Konkurrenz, und die KundInnen hatten keine Wahl. Das ist heute anders. Was heute zählt, sind nicht harte Fakten, sondern so genannte Soft-Skills. Die Art und Weise, wie die Kommunikation angeboten und betrieben wird, hat an Bedeutung gewonnen. Nur wenn sich die Unternehmen „locker“ und „cool“ geben, Kritik zulassen und sich

mit ihr auseinander setzen, können sie Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurück gewinnen und ihr Image deutlich verbessern. Und nur auf einer solchen Basis können gesellschaftliche Stimmungen, Meinungen und auch Positionen beeinflusst werden.

Auf diese Weise will die Atombranche zu einer gesellschaftlichen Neubewertung der Atomenergie mit dem Ziel einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten kommen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Umfrageergebnisse lassen zur Zeit befürchten, dass nach den Wahlen im September eine neue Bundesregierung im Amt sein wird, die diesen Wünschen positiv gegenüber stehen könnte.

Den Ausstieg durchsetzen!

Angesichts dieser Ausgangssituation bedarf es einer großen politischen und gesellschaftlichen Anstrengung, um den Ausstieg aus dem Ausstieg zu verhindern. Die Anti-Atom-Bewegung ist sich dessen bewusst. Schon jetzt ruft sie zu einer großen Demonstration am 5. September nach Berlin auf. Die Bauern aus dem Wendland werden eine Woche vorher mit einem großen Trecker-Treck von Gorleben aus über die Atommülllager Schacht Konrad, ASSE II und Morsleben auf die Reise nach Berlin gehen.

Diese Demonstration soll der Zielpunkt für eine gesellschaftliche Mobilisierung sein, zu der Kirchen und Gewerkschaften ebenso aufgerufen sind wie Umweltinitiativen und – verbände, KlimaschützerInnen und VerfechterInnen der erneuerbaren Energien sowie entwicklungspolitische Gruppen und Organisationen. Nicht nur zahlreiche Aktionen und Kundgebungen werden in den nächsten Monaten stattfinden, um für den Atomausstieg und die Energiewende zu werben. Wichtig ist auch, dass in möglichst vielen Städten und vielen öffentlichen Orten mit Veranstaltungen, Infoständen, Plakaten und vielem mehr, die unverantwortlichen Risiken der Atomenergie vom Uranabbau über den AKW-Betrieb bis zur ungelösten Lagerung des Atommülls zum Thema gemacht werden. Atomkraftwerke sind für den Klimaschutz schlicht überflüssig und obendrein blockieren sie auch noch



den Ausbau der erneuerbaren Energien. Den großen Stromkonzernen geht es vor allem um ihre wirtschaftlichen Vorteile – nicht um das Gemeinwohl. Ihr Dialog hat die Durchsetzung allein ihrer wirtschaftlichen Interessen zum Ziel.

Wählen Sie! Aktiv oder radioaktiv?

Bestellen Sie Infomaterial und den Aufruf zur Demonstration am 5. September 2009 in Berlin und helfen Sie mit, möglichst viele Menschen zu mobilisieren!

Organisieren Sie Infoveranstaltungen in ihrer Stadt. Wir helfen Ihnen dabei und vermitteln Ihnen ReferentInnen.

Spenden Sie! Widerstand und Aktionen kosten Geld. Infomaterial muss hergestellt und verteilt werden. Spendenkonto: ROBIN WOOD e.V., Konto: 8455500, Bankleitzahl: 25120510, Sozialbank Hannover

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

Dirk Seifert (V.i.S.d.P. für Energie-Spezial), Energiereferat ROBIN WOOD, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040/380892-21 energie@robinwood.de